

richt vor, der den letzten Ministerpräsidenten der DDR eher belastete als entlastete. Als Rita Süßmuth anschließend auf Beschluß des Parlamentspräsidiums die Zustimmung zu einer eigenen Prüfung einholen wollte, lehnte der Abgeordnete de Maizière ab.

Die Prüfmechanik des Bundestages, räumt Manfred Richter (FDP) ein, habe „nicht so gegriffen, wie es eigentlich notwendig wäre“. Vor allem die Ost-Abgeordneten, die zu Hause unter starkem Erklärungsdruck stehen, drängten vorige Woche, nach den neuerlichen Stasi-Enthüllungen in Sachsen-Anhalt, auf eine zügige Reaktion des Bundestages.

„Wir können nicht ausschließen, daß auch im Bundestag Stasi-belastete Abgeordnete sitzen“, sagte Bruno Menzel, stellvertretender FDP-Bundesvorsitzender aus Dessau. Deshalb sei „eine generelle Überprüfung aller Bundestagsabgeordneten“ erforderlich.

Auch Innenminister Schäuble verlangt inzwischen, da die Säuberungsaktionen in den Ost-Ländern Wirkung zeigen, nach einer Stasi-Reihenuntersuchung für Bonner Parlamentarier: „je schneller, desto besser“.

Wie schwer eine taugliche Lösung allerdings zu finden ist, haben die Abgeordneten des Berliner Abgeordneten-Hauses – in ihrer Ost-West-Mischung mit dem Bundestag vergleichbar – in den vergangenen Wochen vorgeführt. Noch im April hatten fast alle Parlamentarier einstimmig für zügige Überprüfung plädiert. Über die Details zerstritten sich Regierung und Opposition bis zur Sommerpause jedoch vollständig.

Die regierenden Christ- und Sozialdemokraten installierten mit ihrer Mehrheit einen vertraulich tagenden Ehrenrat, der die inkriminierten Abgeordneten – soweit sie einverstanden sind – per Anfrage bei der Gauck-Behörde überprüfen soll.

Die Opposition, vom Bündnis 90/Grüne bis zur FDP, dagegen forderte einen öffentlich tagenden Untersuchungsausschuß, der die Abgeordneten auch gegen ihren Willen mit nahezu staatsanwaltlichen Möglichkeiten durchleuchten kann.

Einig war man sich nur darüber, daß Ost- wie West-Abgeordnete unterschiedslos behandelt werden sollen.

Weiter reicht auch im Bundestag der Konsens nicht.

Der interfraktionelle Entwurf für ein Stasi-Unterlagen-Gesetz, das allgemeine Regeln für den Umgang mit den MfS-Archiven aufstellt, sieht zum Beispiel vor, daß alle Abgeordneten im Auftrag des Bundestages überprüft werden dürfen – ohne daß ein konkreter Verdacht vorliegen muß und auch ohne Einverständnis der Betroffenen.

Doch die Gegner allzu forschen Begutachtens üben hinhaltenden Widerstand.



Abgeordnete Köppe
Vom Stasi-Verdacht freigesprochen

Sie befürchten, eine Regelanfrage bei der Gauck-Behörde beeinträchtigt das freie, im Grundgesetz ausdrücklich geschützte Mandat der Abgeordneten zu stark.

Zudem werde bei Veröffentlichung der Stasi-Recherchen Schmutz aus dem politischen oder privaten Leben der Parlamentarier hochgeschleudert, der mit Stasi-Verbindungen nichts zu tun haben müsse, gleichwohl aber dem Abgeordneten politisch schaden könne.

„Man wird sicher versuchen, die Aufarbeitung in irgendeinen Geheimkreis abzuschieben“, prognostiziert Ingrid Köppe. Doch gegen die Stasi-Verifikation selbst würden sich auch die Gegner aufgrund des öffentlichen Drucks „kaum noch sträuben können“.

Vor allem bei den westdeutschen Abgeordneten „wird es Widerstand geben“, vermutet der Magdeburger Uwe Küster, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, der für schonende Verfahren eintritt. Vor Ende des Jahres sei daher nicht mit einem Beschluß des Parlaments zu rechnen.

Die Kritiker der parlamentarischen Selbstprüfung sagen voraus, daß auch nach einer Überprüfung aller Abgeordneten im Bundestag Unbehagen herrschen und ein neues Ost-West-Problem auftauchen werde. Denn während die Akten über die ostdeutschen Stasi-Spitzen inzwischen ziemlich vollständig vorlägen, seien fast alle Unterlagen der Stasi-Hauptverwaltung Aufklärung, zuständig für Spionage, vernichtet worden.

Sollte es also noch überständige DDR-Agenten aus Westdeutschland im Bundestag geben, hätten sie bei einer Anfrage in der Gauck-Behörde kaum etwas zu befürchten.

PDS

So nicht, Herr W.

Sympathie-Bekundungen für die Moskauer Putschisten haben die PDS entzweit. Der Partei droht die Spaltung.

Im Ernst-Thälmann-Saal des Karl-Liebknecht-Hauses, der PDS-Zentrale im Berliner Osten, wurde hart getritten. „Verkooft hat er uns“, schimpfte ein Altgenosse über den gestürzten Michail Gorbatschow, ein anderer widersprach sofort energisch: „Nicht verkauft, verschenkt hat er uns, für 'nen Appel und 'n Ei.“ Bei einer „Hausversammlung“ von etwa 50 Mitarbeitern des PDS-Parteivorstandes am Tag des Putsches in Moskau machten Altstalinisten ihrem lange angestauten Groll auf Gorbatschow Luft. Da wurde, so ein Teilnehmer, „reichlich die Sau rausgelassen“.

Das Präsidium des Parteivorstandes kam – in Abwesenheit von Parteichef Gregor Gysi – der Stimmung entgegen. In einer Erklärung bekundeten die Spitzenfunktionäre unverhohlenen Sympathie für die Moskauer Putschisten. Die PDS-Führung forderte – Ton in Ton mit Juntachef Janajew – „diejenigen, die jetzt in ihren Händen die Macht konzentrieren“, auf, „die Staatsmacht einzig einzusetzen, um das Versinken des Landes in Gewalt, Chaos, Hunger und Rechtlosigkeit zu verhindern“.

Die gewendeten Einheitssozialisten verloren kein Wort über das Schicksal Gorbatschows und ergingen sich statt dessen im klassischen SED-Stil über die Machenschaften der Nato und die „autoritären Tendenzen des BRD-Staates“.



PDS-Funktionäre Willerding, Mahlow:

Bruno Mahlow, Mitarbeiter des PDS-Vorstandes für internationale Politik, unter Honecker stellvertretender Abteilungsleiter des ZK der SED, hatte für die Präsidiumssitzung eine noch schärfere Solidaritätsadresse an die Umstürzler entworfen. Die allerdings ging der Parteispitze zu weit.

Viel Verständnis für die Verschwörer bekundete auch das Parteiblatt *Neues Deutschland*. In einem Leitartikel verbreitete das PDS-Organ den frommen Wunsch, es möge dem „Notstandskomitee, das jetzt das Sagen hat“, nur darum gehen, „den unleugbaren Zerfall jeglicher Staatsmacht und den Exitus der Wirtschaft, der heute unausweichlich scheint, aufzuhalten“.

Sympathien für den Kopf des Staatsstreiches bekannte PDS-Präsidiumsmitglied Jochen Willerding, 39. Der langjährige Funktionär des FDJ-Zentralrates, der nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens mit Egon Krenz im September 1989 den Pekinger Panzerkommunisten die unverbrüchliche Treue der SED übermittelt hatte, dozierte, in der UdSSR müsse man eben „bestimmte Dinge ordnen“. Willerding orakelte, „daß Janajew bessere Voraussetzungen für die Demokratisierung schaffen wollte“.

Noch eins drauf setzte die „Kommunistische Plattform“ in der PDS, ein Lenin-Revival-Klub von einigen tausend DDR-Nostalgikern. Die orthodoxen Genossen verkündeten, der Ausnahmezustand in der UdSSR habe „dann eine Berechtigung“, wenn er „den Weg für die Erneuerung des Sozialismus freimacht“. Die Plattform wünschste „den Bürgerinnen und Bürgern der Sowjetunion“ – ganz im realsozialistischen Jargon – „Erfolg im Kampf für die Stabilisierung der Volkswirtschaft“ und „gegen opportunistische Entartungen“.

Gegen die stalinistischen Schwadronneure in der PDS regt sich eine innerparteiliche Opposition, die sich selbst „PDS-Strömung“ nennt. Eine Erklärung, unterzeichnet unter anderem von Präsidiumsmitglied Helga Adler, Parteivorständler Michail Nelken und der PDS-Bundestagsabgeordneten Petra Bläss, verurteilte den Staatsstreich als „Restauration autoritärer Machtstrukturen“. Die innerparteiliche PDS-Opposition verlangte schon am Tag des Putsches den „Rücktritt des selbsternannten Notstandskomitees in Moskau“ und solidarisierte sich „mit dem Widerstand

Konsequenzen beraten – selbst die Spaltung der Partei ist nicht mehr tabu.

PDS-Chef Gregor Gysi bemühte sich, nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub, den Streit wieder zu schlichten. Die Ereignisse in der Sowjetunion, so Gysi auf einer Pressekonferenz am Dienstag voriger Woche, „könnten der Beginn einer reaktionären, stalinistischen Entwicklung sein“, was den Widerspruch der PDS herausfordern müsse.

Der gewitzte Advokat kündigte am Tag vor dem Zusammenbruch des Staatsstreiches an, er wolle Gorbatschow suchen, und fand Mitschuldige



PDS-Kritiker Adler, Bloch: Protest gegen stalinistische Schwadronneure

aller demokratischen Bewegungen in der Sowjetunion“.

PDS-Bundesgeschäftsführer Wolfgang Gehrcke, 47, früherer Hamburger DKP-Chef und Gorbatschow-Anhänger, hatte den Genossen in der PDS-Zentrale auf der Hausversammlung nach dem Moskauer Putsch bereits schwere Zeiten prognostiziert. Zu erwarten, so Gehrcke, sei „eine weitere Polarisierung“ in der Partei.

Die ist bereits in vollem Gange. In Wandzeitungen giften sich PDS-Funktionäre im Karl-Liebknecht-Haus gegenseitig an und verzichteten dabei („So nicht, Herr W.“) schon mal auf die vertraute Anrede „Genosse“. Jüngere Parteimitglieder, sagt Jan Bloch, 30, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Junger Genossen, seien empört darüber, daß Mitglieder der Parteispitze „für die offen reaktionären Teile des alten Machtapparates in der UdSSR Partei ergreifen“. Bloch: „Die Präsidiums-erklärung ist ein Hohn.“

Die Anhänger der „PDS-Strömung“ wollen in Berlin am 14. September über

am Putsch sogleich in der Bonner Politik. Die deutsche Einigung als „Abrechnungsprozeß“ statt als „Integrationsprozeß“, so der PDS-Chef, habe die Moskauer Militärs möglicherweise nervös gemacht.

In einer Flucht nach vorn rief das PDS-Präsidium unter Gysis Führung rasch zu einer Kundgebung auf: am 21. August in Berlin vor der früheren Sowjetbotschaft Unter den Linden „gegen die Unterdrückung demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten, anderer Demokraten und Gorbatschow-Anhänger in der UdSSR“. Doch als sich um 17 Uhr rund 500 PDS-Anhänger zum Protest vor der Sowjetvertretung einfanden, war die Revolte längst gescheitert.

Am Tag danach sorgte sich das Parteiblatt *Neues Deutschland* bereits um „ein Verbot der KPdSU“. Selbstkritische Genossen ziehen aus den Ereignissen in der Sowjetunion für die PDS einen ganz anderen Schluß. „Es ist doch ein Glück“, so Dirk Schade, 24, aus dem Berliner Osten, „daß diese Partei nicht mehr die Macht hat.“



„Bestimmte Dinge ordnen“